

Stuttgarter Friedensinitiative

Unsere Vorstellungen über die künftige Arbeit

Auf unserem Treffen am 24.10. 2002 haben wir uns auf die folgenden Grundlinien für unsere weitere Tätigkeit geeinigt.

Angesichts einiger drängender Fragen halten wir eine verstärkte und vertiefte Diskussion innerhalb der Friedensbewegung sowie eine neue Ausrichtung unserer Arbeit als Friedensinitiative für nötig.

1.) Der drohende Krieg im Irak, die Rolle Deutschlands und die Friedensbewegung

Die Bundesregierung hat sich bisher gegen eine Beteiligung an diesem Krieg ausgesprochen (auch wenn sie frühere Aussagen derzeit teilweise wieder relativiert). Natürlich ist es besser, sich nicht an dem Krieg zu beteiligen, allerdings sollte die Friedensbewegung daraus nicht den Schluss ziehen, die Bundesregierung mehr oder weniger als Partner zu sehen. Denn sowohl die deutsche Beteiligung an den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan als auch die Bestrebungen, Deutschland (wieder) weltweit militärisch interventionsfähig zu machen, belegen, dass die derzeitige deutsche „Anti-Kriegs-Position“ nicht friedenspolitisch motiviert ist. Begleitet wird diese zweite Remilitarisierung durch immer lauter werdende nationalistische Töne. „Wir sind wieder wer“, es gehe um „den deutschen Weg“ und darum, „sich nicht länger den USA unterzuordnen“ usw. Dies wird u.E. von vielen in der Friedensbewegung bisher zu wenig beachtet. Wir machen da aber nicht mit. Deutsche Weltmachtpolitik hat im letzten Jahrhundert zwei Weltkriege verursacht. Wir wollen überhaupt keine Supermacht, aber eine Politik, die darauf abzielt, die USA als Weltpolizei durch Deutsch-Europa zu ersetzen oder ihr mindestens Konkurrenz zu machen, müssen wir bekämpfen.

Unser Ziel ist, die Bundeswehr aus allen 10 Ländern zurückzuholen, in denen sie zur Zeit Krieg führt bzw. Besatzungsmacht ist. Die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr muss strukturell abgebaut und die Armee insgesamt gegen Null gefahren werden. Eine militärische und/oder finanzielle Beteiligung am Irakkrieg lehnen wir ab. Wir beteiligen uns an Aktionen gegen den Irakkrieg, weil ein solcher Krieg hunderttausenden Menschen Tod und Elend bringen würde. Gleichzeitig thematisieren wir den verbrecherischen Charakter des Saddam-Hussein-Regimes sowie die guten Beziehungen Deutschlands bzw. Europas zu ihm. Wir treten – wie auch schon im Fall Milosevic – der von Teilen der Friedensbewegung verfolgten Linie entgegen, wonach der Feind meines Feindes mein Freund ist. Nicht alles, was gegen die USA ist, ist deshalb schon gut.

2.) Israel, Palästina, der Antisemitismus, die Deutschen und die Friedensbewegung

Im Zentrum der Gesellschaft macht sich immer deutlicher Antisemitisches und Völkisches breit. Wir können nicht so tun, als ob die Friedensbewegung und die Linke davon unberührt blieben. Aufrufe zum Boykott israelischer Waren tauchen auf, deren VerfasserInnen sich offensichtlich nicht die Bohne um die deutsche Tradition des „Kauft nicht beim Juden“ scheren. Zu einem wirtschaftlichen Boykott Israels aufzurufen, halten wir für undenkbar, auch deshalb, weil so implizit eine einseitige Schuldzuweisung an Israel vorgenommen wird. Anstatt die *Menschen* in Palästina, Irak, Afghanistan und anderswo als die Leidtragenden des Krieges zu benennen und ihre Befreiung einzufordern, werden bedenkenlos „*Völker*“ als angebliche Subjekte von Emanzipation verherrlicht. „*Völker*“ aber sind reaktionäre Zwangsgemeinschaften, die sich nur konstituieren können, wenn sie ihre „*Führer*“ haben und diejenigen ausgrenzen, die „nicht dazugehören“. Uns bewegt sehr das Schicksal der Menschen in Palästina, nicht aber das „palästinensische Volk“. Der Selbstmordterror der

Intifada wird in Teilen der Friedensbewegung mehr oder weniger offen verteidigt, in Teilen pflichtschuldigst verurteilt, um ihn sogleich nach dem Motto „So was kommt von so was“ zu relativieren. Dass er die Tötung möglichst vieler Juden zum erklärten Ziel hat, wird bisher leider kaum thematisiert und diskutiert.

Die Existenz eines jüdischen Staates ist die notwendige Konsequenz aus dem Antisemitismus, erst recht aus Auschwitz. Die Geschichte Israels ist ohne die Geschichte des Antisemitismus und der Shoah - des bislang größten Menschheitsverbrechens, der industriellen Ermordung von sechs der sieben Millionen europäischen Juden durch die Deutschen - nicht zu verstehen. Aber der israelische Staat wird von Teilen der Friedensbewegung offen in Frage gestellt oder seine Funktion als einziges Land der Erde, in dem Juden bedingungslos Aufnahme vor antisemitischer Verfolgung finden können, negiert. Das Konzept des Selbstmordterrors ist es jedoch, diese Funktion des Staates Israel zu zerstören. Dazu darf es nicht kommen. Wir halten es für wichtig, antisemitische und antizionistische Forderungen innerhalb der Friedensbewegung zu kritisieren.

Eine Lösung des Konfliktes ist nur möglich, wenn die Interessen beider Seiten gewahrt werden. Das Existenzrecht Israels in Sicherheit vor Terror und Gewalt, sowie ein unabhängiger palästinensischer Staat, in dem die Lebens- und Menschenrechte gewahrt werden, bilden die Grundlage für solch einen Interessensausgleich. Dazu muss Israel seine Besatzungs- und Siedlungspolitik aufgeben und sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Eine internationale militärische Intervention im Nahen Osten und insbesondere eine deutsche Beteiligung daran sowie eine deutsche Vermittlerrolle lehnen wir ab. Es ist für uns undenkbar, dass deutsche Soldaten in Jerusalem auf Juden schießen.

3.) Der Krieg, der Frieden, der Kapitalismus und die Friedensbewegung

Neben den oben genannten „neuen Fragen“ gibt es viele weitere, die neu betrachtet werden sollten und die uns interessieren, ganz besonders aber diese: Was haben Krieg und Frieden mit unserer Gesellschaftsordnung zu tun? Was ist das für ein Frieden, der doch immer wieder zum Krieg führt? Kurz und gut: Wir wollen uns künftig die Zeit nehmen, unter dem Blickwinkel „Frieden“ Kapitalismuskritik und Gesellschaftsanalyse zu treiben.

Es gibt viele unterschiedliche Gruppen, Organisationen und Initiativen in der Friedensbewegung. Als Stuttgarter Friedensinitiative wollen wir zukünftig ein schärferes und unverwechselbareres Profil gewinnen.

Angesichts vieler neuer Fragen, die in der Friedensbewegung bisher nur unzureichend wahrgenommen werden, wollen wir uns künftig vor allem in die Diskussionen in der Friedensbewegung und in der Öffentlichkeit einmischen. Dazu bedarf es auch einer ausgiebigen Diskussion unter uns. Der Anteil von Aktion und Diskussion in unserer Arbeit wird sich deshalb umkehren müssen (um eine Größenordnung zu nennen - 2:3).

Für diese Aufgabenstellung ist das Konsensprinzip - wie bisher in der SFI praktiziert - eher hinderlich. Wir müssen zur Zeit nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner als Voraussetzung für Aktionen herausarbeiten, sondern vor allem Anstöße in die Friedensbewegung hinein geben, viele Fragen neu denken. Auseinandersetzungen, auch kontroverse, sind also erwünscht und zu erwarten.